

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinmalig mit Aufnahme der Gewer- und Verlags-Verträge nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Angegebene bei Geschäftsvermittlung monatlich, bei sonstigen Verträgen je nach Umständen in der Höhe monatlich, auf dem Lande (III. und IV. Klasse) bezogen einschließlich des Postzuschlags. Die Postzuschläge sind bei den Verträgen zu berücksichtigen. Die Postzuschläge sind bei den Verträgen zu berücksichtigen. Die Postzuschläge sind bei den Verträgen zu berücksichtigen.



Inserentenpreise: Für die 6 Spaltenen Spaltenhöhe oder deren Raum, 10 Zeilen, die 2 Spaltenen Höhe. Bei der Anfertigung und der Druckkosten entsprechende Preisnachlässe. Zusätzliche Angaben im amtlichen Teil (nur von Verlegern) die 2 Spaltenen Höhe. Die Anfertigungskosten sind 50 Pf. pro Spalte. Die Anfertigungskosten sind 50 Pf. pro Spalte. Die Anfertigungskosten sind 50 Pf. pro Spalte.

Ersteinmalig

dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Druckere: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inserenten: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 37

Sonntag den 12. Februar 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Festsetzung der Hochwasserlinie an der Triebisch.

In den Fluren Rungitz, Miltitz, Weisichen, Roischchen, Kottewitz, Robschütz, Semmelberg, Garfisch und Dobritz bis an die Stadtgrenze Meißen soll auf Grund von § 86 des Wassergesetzes vom 12. März 1909 an der Triebisch die Hochwasserlinie festgesetzt werden. Die Beteiligten werden hiervon mit dem Bemerkten in Kenntnis gesetzt, daß die Pläne nebst Erläuterungsbericht von jetzt ab 3 Monate lang vor endgültiger Festsetzung der Hochwasserlinie bei der Amtshauptmannschaft — Zimmer 1 — öffentlich ausliegen. Das Straßen- und Wasserbauamt Meißen beabsichtigt, Dienstag den 7. März d. J. nachm. 3 Uhr im Dienstgebäude dieser Behörde, Meißen, Gasenstraße, durch einen Beamten Erläuterungen zu den Planungen abzugeben. Interessenten werden hierzu eingeladen. Meißen, am 8. Februar 1922. Nr. 14 XV. Die Amtshauptmannschaft.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921.

Auf Grund dieser öffentlichen Aufforderung sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet:

1. alle im Finanzamtsbezirke Rossen wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reich zu wohnen oder sich aufzuhalten, in dem Finanzamtsbezirke Rossen Grundbesitz haben, ein Gewerbe betreiben, eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb des Finanzamtsbezirks gelegenen Kassen mit Rücksicht auf gegenwärtige oder frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit erhalten,

soweit die vorstehend Genannten nicht bei einem anderen Finanzamt eine Steuererklärung abgegeben und soweit sie im Kalenderjahr 1921 oder in dem während dieses Kalender-

jahres endenden Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) ein steuerbares Einkommen von mehr als 24000 M. bezogen haben.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden ergebens aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März 1922 bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugestellt worden ist.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt während der Geschäftsstunden von 8—12 Uhr vormittags zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, kann mit Geldstrafen bis 500 M. zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen nicht gerechtfertigte Steuervorteile erschleicht oder vorzüglich bewirkt, daß die nach dem Einkommensteuergesetz zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Verurteilung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 53 des Einkommensteuergesetz und §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Einkommensteuer verkürzt oder Steuervorteile zu Unrecht gewährt oder belassen werden, wird wegen Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist, wie die für die Steuerhinterziehung angeordnete Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

Rossen, am 6. Februar 1922.

Das Finanzamt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach dem Abbruch des Eisenbahnerstreiks hat der Verkehr auf allen Strecken rasch wieder zugenommen, soweit nicht die Witterungseinflüsse und die Beschädigungen der Maschinen hinderlich waren.

* In der großen Aussprache, die sich im Reichstage an die Kanzlerrede anschloß, brachten die Kommunisten und die Unabhängigen Wählervereinigungen ein, denen jedoch alle anderen Parteien ablehnend gegenüberstanden.

* Der Hauptausschuß des Reichstags lehnt den Abbau des Reichsfinanzministeriums ab.

* Die landwirtschaftliche Wintertagung in Berlin dauert vom 11. bis 18. Februar.

* Die Postkonferenz hat beschlossen, vom 5. Mai ab die Habelisation und die Einfuhr von Flugzeugmaterial wieder freizugeben.

* Lloyd George hat im Unterhause über den Wiederaufbau der Weltwirtschaft, Rußland, Frankreich und das Reparationsproblem gesprochen.

* Die italienische Regierung läßt die Vorbereitungen zur Genue-Konferenz eiligst fortsetzen, so daß am 8. März alles bereit sein wird.

Knüppel zwischen die Beine.

Am 8. März, so hat Lloyd George erst dieser Tage noch einmal ausdrücklich im Unterhause verkündet, wird die internationale Wirtschaftskonferenz in Genue zusammenzutreten. Allerdings muß dabei vorausgesetzt werden, daß die einigermaßen überraschend gekommene italienische Ministerkrise heute oder morgen wieder beseitigt wird und sich nicht noch länger so hoffnungslos hinzieht, wie das bis jetzt der Fall war; denn der italienischen Regierung liegt natürlich in diesem Falle die Rolle der Gastgeberin ob, die ebenso umfassend wie sorgfältig vorbereitet werden will.

Für Herr Poincaré mag den Wunsch haben, daß die Konferenz von Genue vielleicht schon an dieser unerwarteten Schwierigkeit zunächst scheitern möge. Wenn es nach ihm ginge, würde sie nicht aufgeschoben, sondern aufgehoben, und wenn ein solcher formeller Entschluß schon nach den auch für Frankreich verbindlichen Abmachungen von Cannes als ausgeschlossen gelten muß, so regt er doch wenigstens eine Verlegung auf — vorläufig — drei Monate an. Er regt an, er fordert sie nicht; denn zu einem offenen Zerwürfnis mit Lloyd George wegen dieser Frage möchte er es einweisen noch nicht kommen lassen; zumal er noch über tausend andere Mittel verfügt, die Konferenz zu sabotieren, wenn mit ihrem Arbeitsprogramm ernst gemacht werden sollte. Also begnügt der französische Ministerpräsident sich damit, eine laune, eine gründliche, eine äußerst gebläute Note nach London zu schicken, um seinen alten Freund und Kollegen Lloyd George auf alle die unzähligen Schwierigkeiten hinzuweisen, die unbedingt noch vor Genue gelöst werden müßten. In der Hauptsache kommt es ihm darauf an, daß die sechs Punkte, die in der Resolution von Cannes sozusagen als Vorbedingungen für die Abhaltung der Konferenz von

Genue vereinbart wurden, vorher erst noch gründlich diskutiert werden; sonst mag er sich nicht recht entschließen, mit anderen Leuten, insbesondere mit Deutschland und Rußland, sich an einen grünen Tisch zu setzen.

Man denke nur: Es heißt in diesen sechs Punkten unter anderem, daß alle Mächte sich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu enthalten hätten. Soll das, fragt Poincaré, etwa heißen, daß auch eine Einmischung in die Organisation und in die Regierung Form Deutschlands nicht in Frage kommen dürfe, besonders, wenn es sich etwa um eine Restauration der Hohenzollern, oder um irgend eine andere Militärmonarchie handelt? Die gleiche Frage müsse für Ungarn gestellt werden. Set man sich wohl klar darüber, daß diese Bestimmungen für den Frieden Europas gefährlich werden könnte, der doch, wie man weiß, keinem Lebenden mehr ans Herz gewachsen ist als Herrn Poincaré? Weiter: Jeder Staat soll sich eines Angriffs auf seinen Nachbarn enthalten. Soll das heißen, daß Frankreich „gegebenenfalls“ keine Zwangsmassnahmen gegen Deutschland durchführen dürfe, obwohl dieses nach dem Versailler Vertrage gehalten ist, solche Maßnahmen, wenn es sie verschuldet habe, nicht als Feindseligkeit zu betrachten? Kurz, Herr Poincaré sieht keine Möglichkeit, diese und andere verwiderte Fragen in so kurzer Zeit zu klären, daß es möglich sein würde, den Eröffnungstermin für die Konferenz von Genue innezuhalten. Wollte man mit Rücksicht auf Erfolg zusammenkommen, so müßte man sich dazu Zeit lassen — sehr viel Zeit.

In London soll diese Note, wie unterrichtete Kreise behaupten, nicht gerade angenehm berührt haben. Herr Poincaré hat zwar ihr Gewicht dadurch zu erhöhen gesucht, daß er sich zu gleicher Zeit im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten ein ausdrückliches Vertrauensvotum auf Grundlage der von ihm in London unterbreiteten Gedankengänge ausstellen ließ. Insbesondere wird darin abermals zunächst die Klärung der Reparationsfrage gefordert, ehe der Wiederaufbau Europas ernstlich in Angriff zu nehmen sei. Auch die französische Presse unterstützt die Aktion der Regierung, ohne ein Hehl daraus zu machen, daß damit Lloyd George Knüppel zwischen die Beine geworfen werden; sicherlich nicht in der Absicht, seine nationale wie seine internationale Stellung auf diese Weise zu befestigen. Jedenfalls gehen wir abermals einem interessanten diplomatischen Schachspiel entgegen. Wer in ihm Sieger bleiben wird, ist heute noch eine offene Frage.

Rußlands „Wirklichkeitspolitik“.

Eine Unterredung mit Radel.

In den Hauptstädten Europas zerbricht man sich seit Jahren die Köpfe darüber, in welchem Verhältnis man zu Rußland treten könne, das man wegen seiner wirtschaftlichen Reichümer braucht und begehrt und doch zugleich wegen seiner bolschewistischen Staatsform verabscheut und fürchtet. Danach jedoch, wie die Russen, die dabei schlicht auch ein Wort mitzureden haben, von sich aus über ihre künftigen Beziehungen zu Westeuropa denken, hat man wenig gefragt. Raabent nun aus Moskau berichtet

wurde, daß Rußland einer Durchdringung mit Entente-Kapital den ährstern Widerstand entgegenzusetzen werde und daß es keinesfalls wie ein Kolonialland behandelt sein wolle, ist es besonders interessant zu hören, was einer der vielseitigsten sowjetrussischen Vertreter in Westeuropa, der vielgenannte Herr Radel, jetzt einem französischen Journalisten über seine Auffassung von den Beziehungen zwischen seinem Heimatlande und der übrigen Welt erzählte. Die bemerkenswerten Sätze seines langen Berichtes sind folgende:

„In die Möglichkeit, den Vertrag von Versailles durchzuführen, glaube heute kein ernsthafter Politiker mehr. Wenn dieser Vertrag gemacht würde, gäbe es ein Unglück. Der Vertrag wird ja auch in aller Eile bereits revidiert. Wir Russen haben mit dem Vertrage von Versailles nichts zu tun. Wenn Frankreich uns dazu zwingt, zu kämpfen, werden wir versuchen, diesen Frieden abzuändern. ... Wenn Deutschland dazu bestimmt sein sollte, zu sterben, und Rußland auch, dann ist es klar, daß die 150 Millionen Russen und die 20 Millionen Deutschen vorher noch eine verzweifelte Anstrengung machen werden, um den Untergang zu vermeiden. Wir Russen unterhalten mit Deutschland die Beziehungen, die zwischen einem reichigen Industrieland und einem ruinierten Ackerbau land normal sind. Die Verbindung von den politischen Verbindungen beider Völker aber ist falsch. Wir haben niemals daran gedacht, Deutschland ein Monopol zu geben. Wir haben aber auch ebensoviele daran gedacht, es bei unseren Wiederaufbau auszu schließen. ... Wir wollen mit England in Freundschaft leben und unsere guten Beziehungen zu diesem Lande werden den Grundstein unserer internationalen Politik bilden. Ich glaube sogar, daß die englische Regierung ganz damit zufrieden ist, wenn Rußland bolschewistisch bleibt. Wenn die Bolschewisten nicht existieren, wirtschaftlich erstarben, England ist ein schwaches Rußland, bis die türkische und arabische Frage gelöst sind.“

„Über Rußlands Zahlungsvorgaben sagte Radel, daß Rußland zu zahlen bereit sei, daß es aber vorläufig keine bestimmten Verpflichtungen machen könne. Es brauche eine Hilfe, um das wirtschaftliche Leben in die Höhe zu bringen. Rußland habe aber auch Gegenforderungen in Rechnung zu stellen. Frankreich habe die 20 Millionen Goldmark in Besitz, die Rußland nach Versailles gezahlt habe. Die Entente habe Rußlands Flotte genommen. Dies alles müsse in Rechnung gestellt werden. ... Zum Schluß sagte Radel über Genue: „Rußland wird jetzt nach Genue gehen, um seinen Platz unter den Völkern wieder einzunehmen. Wir müssen uns in Genue verständigen und nicht bekämpfen. Die Sowjetregierung treibt eine Wirklichkeitspolitik, die einseitig und logisch ist. Frankreich muß diese Politik kennen lernen und sich darüber entscheiden, ob es wünscht, daß wir ohne Frankreich gegen Frankreich oder mit Frankreich in die Gemeinschaft der Völker wieder eintreten sollen. Eine außerordentliche und gründliche Aussprache ist nötig, denn die Zeit drängt.“

Diese in allen Stücken von höchster fast feinfühler Verstandeshäufigkeit getragenen Äußerungen beweisen, daß in Moskau sehr besonnene Rechner sitzen, die eine auf alles Nebenwichtige verzichtende „Wirklichkeitspolitik“ ersten Ranges treiben. Man wird in allen europäischen Kabinetten angefaßt Genue darauf besondere Rücksicht zu nehmen haben, wenn man sich nicht von Rußland, dem „Objekt“ der europäischen Politik, zu guter Letzt selbst das Gesicht des Handbells vorschreiben lassen will.